

Diskussionen um Israel

Eine Kritik der Kritik der Kritik

Georg Kreis, Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze Bd. 5. Basel 2011. S. 451-455.

Kritische Haltungen gegenüber Israel, seiner Tagespolitik, aber auch seinem Geschichtsverständnis sowie seiner Staatsordnung, sind ihrerseits problematisch. Sie könnten, wie man so sagt, ungerecht, unverhältnismässig und antisemitisch sein oder als das ausgelegt werden. Eine Auseinandersetzung mit dieser doppelten Kritik ist bisher kaum über die tagespolitische Publizistik hinaus gediehen. Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus dagegen hat aber bereits einiges geleistet.¹ Sie mag zwar, wie wiederholt betont wird, noch nicht umfassend und tiefgreifend genug sein. In diesen Arbeiten taucht am Rande auch die Problematik der Israelkritik auf. Gut nachvollziehbar wird dargelegt, dass ein Teil dieser Kritik antisemitisch motiviert ist und dass sie Antisemiten ermuntert, ihre Haltung auszuleben. Eine etablierte Deutung geht davon aus, dass mit Israelkritik ein sekundärer oder sogar ein neuer Antisemitismus praktiziert werde. Der sekundäre Antisemitismus ergibt sich aus einer thematischen Verschiebung hin zu einer Ersatzkommunikation, in diesem Fall eben zum Thema Israel.² Die Entdecker des «neuen» Antisemitismus gehen ebenfalls davon aus, dass Antisemiten wegen der politischen Ächtung des direkten Antisemitismus ausweichen und Israel an Stelle «des Juden» zur Projektionsfläche ihrer negativen Haltungen machen würden.³ Solche Argumentationen kommen nicht ohne eine grosse Portion Laienpsychologie aus, die ohne Beweise argumentiert und sich in Unterstellungen ergeht, wenn 2001 etwa in der Schweiz sich manifestierende Entrüstung über das Vorgehen in den besetzten Gebieten auf eine «Revanche-Mentalität» nach der Erfahrung der Schweiz in der Aufarbeitung der Nazi-Zeit zurückgeführt wird.

Die Überlegungen, die vom Problem des Antisemitismus ausgehen, sind naheliegenderweise geneigt, Israelkritik schnell und übermässig als antisemitisch «unterfüttert» zu qualifizieren und den Antisemitismus-Verdacht politisch zu instrumentalisieren.⁴ Kommt man von der anderen Seite, von der Frage, ob und inwiefern Israelkritik legitim oder gar nötig sei, geht die Zuordnung zum Antisemitismus nicht mehr so ohne weiteres von der Hand und erscheint der Weg zum Antisemitismus nicht mehr derart kurz, wie dies aus der Gegenperspektive angenommen wird. Von jüdischer wie von nichtjüdischer Seite wird zwar stets eingeräumt, dass Israelkritik durchaus legitim sei.⁵

¹ Insbesondere Christina Späti, «Kontinuität und Wandel des Antisemitismus und dessen Beurteilung in der Schweiz nach 1945», in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, vol. 55, 2005/4, S. 419–240. – Oder Teile einer wenig bekannten Kantonalstudie: Anne-Vaia Fouradoulas, *La communauté juive à Fribourg et son environnement cantonal (1895–2000)*. Fribourg 2007. Oder: Christina Tuor-Kurth (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus – alte Vorurteile?* Stuttgart 2001, in dem der Vf. ebenfalls einen Beitrag hat (S. 53–63).

² Werner Bergmann/Rainer Erb, «Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung», in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38 1986, S. 223–246. Zit. nach Späti 2005, vgl. Anm. 1, S. 425.

³ Vgl. etwa Brian Klug, «The Myth of the New Anti-Semitism», in: *The Nation*, Februar 2004, S. 23–29. – Werner Bergmann, *Berlin, Neuer alter Antisemitismus in Europa (2002/2003)*. Vortrag an der Universität Zürich vom 3. Februar 2004.

⁴ Zur Antisemitismus-Keule vgl. etwa Norman G. Finkelstein, *Antisemitismus als politische Waffe. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte*. München 2006.

⁵ Ekkehard Stegemann, Prof. für Theologie an der Universität Basel und Präsident des 2002 gegründeten Jüdischen Medienforums Schweiz: «Man kann Israel kritisieren, aber zugleich kann man auch

Entscheidend ist allerdings auch in diesem Fall, was jeweils nach dem «aber» ausgeführt wird. Wie auch immer, Israelkritik sieht sich einer Gegenkritik ausgesetzt, die starken Druck ausübt und nicht nur aus sachlicher Widerrede besteht, sondern wiederholt mit Vorwürfen grundsätzlicher Art verbunden wird.⁶

Kritik an der Israelkritik ist als Aufforderung zu zusätzlicher Reflexion zu begrüssen. Sie bedarf aber im Sinne eines möglichen Korrektivs ebenfalls der Kritik, denn sie will in den meisten Fällen eine parteiische Deutung zum Massstab allgemeiner Wahrnehmung machen. Sie nimmt für sich in Anspruch, die richtigere Wahrnehmung zu haben und rekurriert meistens ohne weitere Erläuterung auf angeblich richtige Vorstellungen; darum die wiederkehrenden Begriffe wie «Entgleisungen», «Ausrutscher», «Verzerrungen». Diese Kritik tendiert dazu, Deutungshoheit zu beanspruchen und freies Denken einzuschränken. Das Macht- und Schlagwort lautet «Delegitimation».⁷ Gemeint ist damit die Infragestellung von Israels Existenzrecht, auch wenn die Kritik einzig konkreten Verhältnissen und konkretem Handeln gilt und beides unter Umständen eher geeignet ist, Israel zu delegitimieren als das kritische Reden darüber.

Israelkritik ist wie Antisemitismus ein kompakter Begriff, der einer differenzierenden Analyse bedarf. Während der Antisemitismus diese analytische Befragung erfährt, ist bisher zu wenig nachgefragt worden, was denn mit Israelkritik eigentlich gemeint ist und was sie bedeutet. Dies würde eine Auseinandersetzung mit dem Wesen von Kritik und dann die Anwendung auf Israel im Vergleich mit anderen Fällen voraussetzen. Kritik entzündet sich in der Regel an Einzelem, will damit in der Regel aber etwas Allgemeineres kritisieren, wie auch die Zurückweisung der Kritik ihrerseits ein Grösseres-Ganzes geltend macht, das wiederum dem Einzelnen eine bestimmte Bedeutung gibt. Diesbezüglich bestehen oft zwei Tendenzen. Die eine will Kritisierbares als Ausnahme abtun, die andere will in ihm System- bzw. Wesensbedingtes erkennen. Im Zuschreiben von Typischem gibt es im Falle der Israelkritik Übergangszonen zum Antisemitismus.

Das Herstellen von Zusammenhängen zwischen Einzelem und einem Bezugsrahmen soll ebenfalls diskutierbar sein, Kritik hat aber grundsätzlich den Anspruch, ernst genommen zu werden. Das bedingt, dass nicht statt der Auseinandersetzung mit dem Kritisierten vor allem die vermuteten Motive des Kritisierenden und die ebenfalls angenommenen Auswirkungen der Kritik diskutiert werden. Dazu gehört auch das beim Durchblättern von

Israelkritiker kritisieren – auch die Israelkritik muss kritisierbar sein. Das ist ein Diskurs, der eine Meinungsbildung herstellen soll» (Interview tachles vom 20. September 2002).

⁶ Beispiele für ein schnelles Gleichsetzen von Israelkritik mit Antisemitismus geben insbesondere verschiedene Intervention der Organisation David / Zentrum gegen Antisemitismus und Verleumdung. Im Jahr 2001 wurde eine scharfe Kolumne von Margrit Sprecher gegen die von Ministerpräsident Ariel Sharon in Aussicht gestellte Ausrichtung des Erziehungssystems im Sinne jüdisch-zionistischer Vorstellungen als «eindeutig antisemitisch» gebrandmarkt. Die Beschwerde wurde vom Schweizer Presserat im November 2001 jedoch abgewiesen (vgl. Stellungnahme 49/2001). Im folgenden Jahr wurde Nationalrat Remo Gysin vom damaligen Leiter von «David» zur Rede gestellt, weil er gemäss Facts vom 25. April 2002 den israelischen Ministerpräsidenten Sharon als Mörder bezeichnet hat. Gysin sah sich auch mit der Frage konfrontiert, ob «gar eine antisemitische Grundhaltung» hinter dieser Aussage stecke. Der Vf. wurde auch hier, wie dies oft geschieht, in solche nicht öffentliche Dispute einbezogen. Ebenfalls im Jahr 2001 reichte Thomas Dähler, Präsident der Zürcher Sektion der Gesellschaft Schweiz–Israel (GSI) und Kantonsratspräsident (FDP), im Jahr 2001 gegen einen Aktivisten der Gruppe PRO-PLO/CH eine Strafanzeige wegen Rassendiskriminierung ein, weil dieser zum Boykott israelischer Waren aufgerufen hatte. Zudem wurde dem Aktivisten Beleidigung eines fremden Staates vorgeworfen. Die Bezirksanwaltschaft Zürich kam am 24. Januar 2003 zu Recht zum Schluss, dass die Aktion nicht gegen StGB Art. 261bis verstossen habe (NZZ vom 17. Februar 2003).

⁷ Stegemann in tachles vom 3. Mai 2002.

Korrespondenzen in dieser Frage auftauchende Argument der «überheblichen Besserwisserei», das gerade von besserwisserischen Absendern vorgebracht wird.⁸

Wie jede Kritik ist auch die Israelkritik mit der Erwartung konfrontiert, doch auch die positiven Leistungen zu würdigen, vor allem auch die demokratische Streitkultur, die es möglich macht, dass vorherrschende Politiken und Prinzipien auch innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft heftig kritisiert werden können. Es fragt sich jedoch, inwiefern Positives mit Negativem verrechnet werden müsste und ob eine solche Verrechnung überhaupt möglich ist. Israelkritik ist, wie nun dargelegt werden soll, bis zu einem gewissen Grad das Produkt von Konjunkturen, sie muss aber auch in dieser Hinsicht ernst genommen und kann nicht nur als Auswüchse des jeweiligen Zeitgeistes abgetan werden.

Zum Konjunkturverlauf der Israelkritik

1948 war die positive Grundeinstellung zu Israel und zum Handeln im Namen von Israel noch nicht gegeben.⁹ Sie entstand erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in Würdigung von Israels erfolgreichem und bewundertem Kampf gegen ein nationalistisches Ägypten, das aus westeuropäischer Sicht sowohl ein Handlanger des Ostens wie eine anmassende Kraft des Südens war, die eine radikale Dekolonisationspolitik betrieb und zudem gegen Israel alte Nazi-Parolen reaktivierte.

In den Jahren 1956 bis 1973 (vom Sinai-Krieg zum Jom Kippur-Krieg) herrschte eine beinahe blinde Israel-Begeisterung.¹⁰ Nach 1973 aber erodierte Sympathie und Identifikation und griff in der Schweiz eine kritischere Haltung gegenüber Israel Platz. Warum? Zum einen war es schlicht eine Normalisierung der Haltung durch eine Korrektur der übertriebenen Glorifizierung der israelischen Leistungen, und damit einhergehend ein partieller Abbau der simplen Gleichsetzung von zwei Kleinstaaten im Widerstand gegen Übermächtige (Stichwort: «David gegen Goliath»). Zum anderen dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die Palästinenser nun als eigenes Volk und gleichsam dritte Grösse im Konflikt vermehrt zur Kenntnis genommen wurden. Zuvor war der Konflikt vor allem als Kampf zwischen Israel und «den

⁸ Der Vf. befasst sich mit diesen Fragen aus einer doppelten Ausgangslage: Einerseits ist er Historiker mit Fachbereichen, zu denen auch die Israel betreffenden Fragen gehören; andererseits ist er Präsident der Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR). Letzteres wird von Kritikern israelkritischer Stellungnahmen als eine Funktion verstanden, welche israelkritische Stellungnahmen stark einschränken müsste. Wem die Bekämpfung des Antisemitismus ein Anliegen ist, dem sollte es auch eine Sorge sein, dass ein extensiver, den Kerngehalt des Antisemitismus strapazierender, mit einer Argumentation des blossen Verdachts operierender Anti-Antisemitismus unfair und kontraproduktiv ist. Im Sinne einer überprüfbaren Rechenschaftsablage seien hier nur einige frühere Texte des Vf. genannt: Unter seiner Leitung ist im November 1998 der EKR-Bericht «Antisemitismus in der Schweiz» herausgekommen. Im gleichen Jahr erschien der Aufsatz: «Öffentlicher Antisemitismus in der Schweiz nach 1945», in: Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960, hrsg. von Aram Mattioli, Zürich 1998. S. 555–576. Ferner: «Judenfeindschaft in der Schweiz», in: Jüdische Lebenswelt Schweiz. 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG). Zürich 2004. S. 423–445. – Und: «Israelkritik und Antisemitismus – Versuch einer Reflexion jenseits von Religion und Nationalität», in: Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. XXXIII (2005). S. 17–32.

⁹ Vgl. Kreis, 1998 (vgl. Anm. 8).

¹⁰ Artur K. Vogel gestützt auf Fabian Hayoz, Arabisch-israelische Kriege und ihre Rezeption durch Schweizer Medien. Eine Analyse anhand des 6-Tage- und des Jom Kippur-Krieges. Seminararbeit am Hist. Sem. der Universität Bern vom Feb. 2007.

Arabern» verstanden worden. Den Palästinensern brachte man in der Schweiz zwar kaum grosse Sympathie entgegen, einmal wegen der vermeintlichen oder tatsächlichen kulturellen Distanz und zum anderen wegen der Terroraktionen, die mit dem Attentat auf eine El Al-Maschine in Kloten (1969), dem Anschlag auf eine Swissair mit 47 Toten (Feb. 1970) sowie der Flugzeugentführung nach dem jordanischen Wüstenflugplatz Zerka (Sept. 1970) sogar die Schweiz direkt in Mitleidenschaft zogen.¹¹ Die Unterstützung Israels verlor seit dem ersten Libanonkrieg von 1982 einen Teil ihres Terrains an die israelkritischen Einschätzungen – aus der Sicht vieler schweizerischer Juden nicht zuletzt wegen der «einseitigen und unverhüllt feindseligen» Medienberichterstattung.¹² Doch wie der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) beispielsweise für 1983 feststellte, blieb, «die positive Grundstimmung gegenüber Israel in der Schweiz und innerhalb des demokratischen Spektrums nach wie vor recht solide».¹³ Gemäss den gleichen Beobachtungen beeinträchtigten 1981 die Ausdehnung der israelischen Gesetzgebung auf die eroberten Golanhöhen (die zu Syrien gehören) sowie die Zerstörung des irakischen Atomreaktors die Einstellung zu Israel kaum.¹⁴ Später sorgten die Aktivitäten radikaler Gruppierungen wie der Hisbollah und der Hamas mit ihrem Terror und deren Nichtanerkennung Israels dafür, dass das Verständnis für die diskutablen Formen der israelischen Selbstverteidigung und Siedlungstätigkeit nicht weiter schmolz.

Sowohl im Frühjahr 2001 als auch im Frühjahr 2002 kam es zu typischen Doppelzuspitzungen, einerseits der Gewaltakte im Konfliktgebiet andererseits der Debatte in der Schweiz – und damit beinahe zwangsläufig auch erneut zur Frage, inwiefern Israelkritik antisemitisch sei.¹⁵ Bei der Rekonstruktion der Verhältnisse ist es jeweils leichter, die Spuren der verbalen Reaktionen auf die Vorgänge zu finden als Angaben zur menschlichen Tragödie, die den realen Hintergrund bildete und der Auslöser war. In beiden Momenten handelte es sich um Varianten der kontinuierlichen «temporären Invasionen» der «autonomen Gebiete» durch israelische Truppen zur Zerstörung der «Infrastruktur des Terrors» als Reaktionen auf Selbstmordattentate und Beschiessungen insbesondere der für die Siedler gebauten Verbindungsstrassen.

Im Mai 2001 kritisierte SIG-Präsident Alfred Donath in einer öffentlich bekannt gemachten Rede vor den SIG-Delegierten die Haltung der schweizerischen Medien und des EDA scharf und warf beiden vor, den israelisch-palästinensischen Konflikt «auf eine sehr einseitige Weise» darzustellen und dabei Partei für die Palästinenser zu ergreifen und Israel einseitig zu verurteilen. Die Medien bezichtigte er der bewussten und systematischen Desinformation und Unredlichkeit, alles werde unternommen, «um Israel in ein schlechtes Licht zu setzen». Und das EDA würde den palästinensischen Terror bloss mit Lippenbekenntnissen verurteilen und sei bezüglich Israel von «der Idee der Illegalität der Siedlungen geblendet». Hinzu kam der Vorwurf: «Vor allem aber trägt das EDA dazu bei,

¹¹ Die an dieser Entführung beteiligte Leila Khaled wurde 2001 als eine Hauptrednerin der Zürcher 1.-Mai-Kundgebung eingeladen.

¹² SIG-Jahresbericht 1982, S. 3.

¹³ SIG-Jahresbericht 1983, S. 3.

¹⁴ SIG-Jahresbericht 1981, S. 7.

¹⁵ Dazu von hoher Qualität das Interview, das Stefan Keller mit den drei psychoanalytischen Fachleuten Berthold Rothschild, Madeleine Dreyfus und Paul Parin führte, vgl. Wochen-Zeitung vom 4. Juli 2002. Anschauungsmaterial zur vermeintlichen Tabu-Problematik die Leserbriefe im Tages-Anzeiger vom 11. Juni 2002 unter dem Titel «Schweigen aus Angst, Antisemit zu sein». Ferner: «Heftiger Theologenstreit um Israel. Der Nahostkonflikt spaltet die Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft», in: NZZ am Sonntag vom 7. Juli 2002.

eine ungesunde, den Antisemitismus begünstigende Stimmung zu schaffen.»¹⁶ Damals schuf der SIG, um die Präsenz der pro-israelischen Sichtweise zu verstärken, eine Watch-Group, die im Bedarfsfall bei den Redaktionen intervenierte und sogar Leserbriefe vorfabrizierte.¹⁷

Als es ein Jahr später zu einer ähnlichen Zuspitzung kam, stand gleichsam die Gegenseite im Vordergrund. Im Frühjahr 2002 rief die Gesellschaft Schweiz–Palästina (GSP) zu einer Demonstration in Bern auf.¹⁸ Die Veranstalter forderten den sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Gebieten sowie auf schweizerischer Seite die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit und des Rüstungshandels. Auf Schildern wurden Israel und Nazi-Deutschland gleichgesetzt, und am Rande der Veranstaltung, an der gegen 10 000 Menschen teilnahmen, verbrannten Demonstranten eine israelische Fahne.¹⁹ Die für Israel eintretende Seite kritisierte, dass sich Veranstalter und Redner von dieser unakzeptablen Art der Meinungsäußerung nicht distanzieren.²⁰ Kritisiert wurde aber auch eine angeblich einseitige Nahost-Resolution der aussenpolitischen Kommission (AKP) des Nationalrats²¹ sowie die Tatsache, dass diese Resolution sogar von SP-Nationalrätin Vreni

¹⁶ Delegiertenversammlung in Montreux vom 8. Mai, Medienberichte vom 10. Mai 2001. Das EDA antwortet mit einem höflichen Dementi.

¹⁷ Die Organisation verfügte gemäss publizierten Angaben über ein Jahresbudget von 200 000 Franken (Tages-Anzeiger vom 4. Juni 2001). Ein Schreiben dieser Organisation warf beispielsweise einer Redaktorin des «Tages-Anzeigers» vor, sie habe sich in dem am 29. Januar 2003 veröffentlichten Kommentar zu Sharons Wahlsieg «diffusen negativen Affekten gegenüber Israel» hingegeben und den «analytischen Verstand» ausschaltet. - Die umstrittene Tätigkeit des Forums war Gegenstand eines Rechtsstreits Stegemann gg. Hagemann. Der Verleger der «Basler Zeitung» qualifizierte die Tätigkeit des Medienforums als «aggressive Lobbyarbeit». Auch der Schweizerische Presserat musste sich mit dem Handel beschäftigen, vgl. dessen Bericht Nr. 2/2009: Wahrheits- und Berichtigungspflicht / Anhörung bei schweren Vorwürfen (Stegemann c. «Tachles») Stellungnahme vom 23. Januar 2009.

¹⁸ Demonstration vom Samstag, 6. April 2002.

¹⁹ Die «NZZ» widmete der Demonstration 10 Zeilen (8. 4. 2002). – Das Verbrennen der Fahne wurde als Auslösen des Staates Israel empfunden. Am 2. Januar 2009 fand in Bern erneut eine grössere Demonstration gegen den Gazakrieg statt. Dabei tauchten Transparente auf, welche eine Gleichsetzung von Davidstern und Hakenkreuz vornahmen. Die Nationalräte der Partei der Grünen Geri Müller und Daniel Vischer als die Organisatoren der Kundgebung distanzieren sich von dieser Ausdruckweise. Andererseits erklärte Vischer aber auch, dass für ihn das Verbrennen einer israelischen Fahne das Gleiche sei, wie wenn ein Tibeter eine chinesische Flagge anzündet; mit Antisemitismus habe dies nichts zu tun (Tages-Anzeiger vom 3. Januar 2009).

²⁰ Als Reaktion auf die Berner Demo (vgl. unten) Stellungnahme von Frank Lübke vom «Zentrum gegen Antisemitismus DAVID», in der SonntagsZeitung vom 2. Juni 2002, «Stellungnahme besorgter Juden der Westschweiz in der «Liberté»», Bericht Tages-Anzeiger vom 4. Juni 2002.

²¹ Die Erklärung der aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates vertrat die Meinung, dass die «verwerflichen palästinensischen Selbstmordattentate» nicht aufhören würden, so lange Israel palästinensische Infrastrukturen bombardiere, und forderte Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten auf. Unter Applaus lehnte die Ratsmehrheit am 22. März 2002 dies jedoch mit 96:75 Stimmen ab. Initiator der Erklärung war kein Linker, sondern Ulrich Fischer (FDP/AG), explizite Unterstützung kam von Remo Gysin (SP/BS) und Ruedi Baumann (G/BE). Deklarierte Gegner waren insbesondere - Christian Waber (EdU/BE, vgl. Anm. 84), Christoph Blocher (SVP/ ZH) und Ulrich Schlier (SVP/ZH). Andere Gegner wie Felix Gutzwiller (FDP/ZH) sprachen sich aus an sich berechtigten Bedenken (improvisierter «Hüftschuss» und regelwidrige Bindung der schweizerischen Diplomatie), im Kern aber doch auch aus einer Pro-Israel-Haltung gegen die Erklärung aus (Aargauer Zeitung vom 23. März 2002). – Im Mai 2002 engagierte sich die AKP des Nationalrats erneut und verlangt in einem Postulat mit 11 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung vom Bundesrat, jegliche militärische Zusammenarbeit mit Israel abzurechnen und die Rüstungskäufe einzustellen. Die Massnahmen gegen Israel sollen so lange aufrechterhalten werden, bis dieses Land die Genfer Konvention und deren Zusatzprotokolle einhalte (AP/Berner Zeitung vom 25. Mai 2002). – Ähnlich erklärte Blaise Godet, Chef. der politischen Direktion des EDA, dass Selbstmordattentate kein Recht auf massive Verletzungen des Völkerrechts gäben (Sonntagsblick, 7. April 2002). Damals erwog eine aus Vertretern des EDA, des Seco und des VBS

Müller-Hemmi, die zugleich Präsidentin der Gesellschaft Schweiz–Israel (GSI) war, gutgeheissen wurde.²²

Der NZZ-Chefredaktor Hugo Bütler bemühte sich in seinem Wochenend-Kommentar vom 27./28. April 2002 um die von vielen erwartete Ausgewogenheit. Alle – das heisst «politische Denkweisen jeder Richtung» – sollten es sich mit Kritik an Israel nicht zu einfach machen. Wer einen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten als unerlässlich für einen tragfähigen Frieden erachte, reihte sich damit «in keiner Weise» unter die Antisemiten ein. «Versuche, mit schnell erhobenen diesbezüglichen Vorwürfen den Spielraum für Kritik einzuengen, diene der Sache Israels nicht, weder im Innern der eigenen Gesellschaft noch draussen in der Welt.» Zugleich warf er der militanten Linken und dem namentlich genannten SP-Fraktionschef Franco Cavalli fehlende Differenzierung, Ausblenden des palästinensischen Terrors sowie Untätigkeit gegenüber Exzessen an einer vorangegangenen Demonstration vor. Damit würden «Schutzwälle gegen den Antisemitismus» eingewalzt.²³

In den Auseinandersetzungen um den Nahost-Konflikt zeichnen sich jeweils drei politische Positionen ab: In der Mitte das breite neutralistische Lager und zur Linken wie zur Rechten ein Lager mit gegenläufiger Parteinahme: Grüne und dezidierte Linke treten für die Beachtung palästinensischer Interessen ein, die Rechte unterstützt die offiziellen Positionen Israels (vgl. die typische Verteilung im Falle des Vorstosses der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats). Eine Scheidelinie verläuft jedoch auch mitten durch die schweizerische Sozialdemokratie. Historisch hatte Israel in den Sozialdemokraten stets ausgesprochen engagierte Befürworter der israelischen Sache gehabt.²⁴ Mit der Verschärfung des Konflikts verstärkte sich das pro-palästinensische Engagement mancher tonangebender Sozialdemokraten²⁵ und kam es in der Folge zu Austritten jüdischer Parteimitglieder.²⁶

zusammengesetzte Arbeitsgruppe Sanktionen gegen Israel. Anstoss erregte bei den Freunden Israels auch eine «einseitig gegen Israel gerichtete» mit 68:31 Stimmen angenommene Resolution des Basler Grossen Rats vom 10. April 2002.

²² Die Entwicklung der 1957 gegründeten Gesellschaft Schweiz–Israel wird von Christina Späti treffend als eine Entwicklung von der bedingungslosen Freundschaft zum jüdischen Staat zur kritischen Solidarität mit Israel bezeichnet. Vgl. Christina Späti, «Einsatz für Israel und Kampf gegen Antisemitismus. Die GSI im Kontext der Zeitgeschichte», in: Dialog, Verständnis, Freundschaft. 50 Jahre Gesellschaft Schweiz–Israel. Zürich 2007. S. 85–101. Angesprochen auf die unproportionale Kritik (Erwähnung des palästinensischen Terrorismus nur in Nebensätzen), erklärte Müller-Hemmi, in der Situation der beidseitigen Gewaltaktionen müsse Israel als die stärkere Seite die ersten Schritte in Richtung Dialog und Koexistenz machen (tachles vom 12. April 2002).

²³ Hugo Bütler, «Israel-Kritik – oder Antisemitismus?» In: NZZ vom 27./28. April 2002. Damals meldete sich auch der Linksintellektuelle Arnold Künzli, Basler Emeritus für politische Philosophie, in der Basler Zeitung vom 10. Mai 2002 zu Wort. Er betonte in seiner Stellungnahme, dass «noch so unerbittliche» Regierungskritik deswegen nicht die Existenzberechtigung des jeweiligen Staats in Frage stelle. Er federte seine Kritik damit ab, dass er seine Position auf Hannah Arendt und Jeshajahu Leibowitz stützte, und erklärte, dass es auch darum gehe, Israel zu schützen. «Obgleich auch die Juden in der Diaspora von den Auswirkungen des Grauens in Israel und in den Palästinensergebieten betroffen sind, jedoch kein relevanter Widerstand der Diaspora gegen die Kriegsherren in Jerusalem erkennbar ist – im Gegenteil fast durchwegs Solidarität mit diesen –, wäre die oben gestellte Frage auszuweiten: Wer schützt das Judentum vor sich selbst? Und wer schützt die Religion des Judentums vor ihrer Pervertierung zu einer Legitimation einer brutalen Apartheid-Politik?» Und in einer weiteren Feststellung meinte er, beifügen zu müssen, dass die «Rück-Sicht auf Auschwitz» keinen Freibrief für das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser liefere.

²⁴ Zum Beispiel in der Person des späteren Basler Ständerats Carl Miville, der zugleich Präsident der Basler Sektion der GSI war.

²⁵ Um 2002 der SP-Fraktionschef Franco Cavalli, oder Nationalrat Remo Gysin vgl. Anm. 6.

²⁶ Heinz Roschewski, Presse- und dann Radioredaktor und Autor mehrerer Publikationen (auch in diesem Band und insbesondere: Auf dem Weg zu einem neuen jüdischen Selbstbewusstsein. Geschichte der Juden in der Schweiz 1945–1994. Basel 1994), trat im Frühjahr 2002 aus «Entrüstung über die einseitige

Wie entwickelten sich die Haltungen gegenüber Israel im Laufe der Zeit? Es gibt keine nach gleichbleibenden Methoden durchgeführten Umfragen dazu, weshalb Aussagen zur Konjunktur der Israelkritik schwierig sind. Im Auftrag des SIG wurden in den Jahren 1970, 1975, 1978 drei Umfragen durchgeführt. Heute fällt auf, dass die Einordnungen nach dem Gegensatzpaar Israel–Araber erfolgten. Die Einstellungen waren stets deutlich pro Israel, die dennoch beobachtbare Rückläufigkeit kam aber nicht den «Arabern» zugute, sondern dem «weiss nicht»-Lager und der Meinung, dass beide Seiten «echte Argumente» für ihre Haltung hätten.²⁷

Der von Christina Späti für die Zeit nach 1997 festgestellte Anstieg der Umfragen entsprang der Sorge über den im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg angestiegenen Antisemitismus und berührten höchstens am Rande die Nahostprobleme.²⁸ Eine etwa Mitte 2002 bei 540 Jüdinnen und Juden durchgeführte Umfrage, welche die Beziehungen zum nichtjüdischen Umfeld beleuchtete, ging auch auf das Nahostthema ein. Mehrfachantworten gaben an, dass 82 % der Befragten den nichtjüdischen Gesprächspartnern gegenüber zu verstehen gaben, dass Israelkritik nicht antisemitisch sei. 58 % -versuchten, das Thema einfach zu vermeiden. Und je 24 % versuchten, die israelische Sicht verständlich zu machen, oder zeigten die eigenen Vorbehalte zur «israelischen Aktualität».²⁹

Eine mediensoziologische Auswertung der Publizistik der Jahre 2002/03 offenbarte in etwas überraschender Weise ein ausgesprochen positives Bild der jüdischen Akteure – ganz im Gegensatz zu den muslimischen. Im Nahost-Issue sei das Bild allerdings ungünstiger, es würden «mehrheitlich Distanz fördernde Typisierungen» transportiert. Jüdische Akteure würden hauptsächlich als privilegiert/imperialistisch und als Täter dargestellt. Diese kritische Beurteilung wirke sich aber nicht negativ aus auf die alles in allem neutralen oder eher positiven und empathischen Kollektivbilder «der Juden».³⁰

Eine im Jahr 2007 vom Forschungsinstitut gfs.bern in Kooperation mit «tachles» und unter dem Patronat der EKR durchgeführte Umfrage ist für die vorliegende Fragestellung insofern von besonderer Bedeutung, als sie der israelkritischen Haltung eine eigene Position einräumte und aufzeigte, dass sie nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen ist, während man davon ausgehen kann, dass Antisemiten beinahe immer Israel kritisieren. 68 % der Befragten sehen in Israel einen Staat wie jeden anderen, 58 % glauben, Israeli seien «wie wir», ein Teil des Westens. 50 % sind aber auch völlig oder eher einverstanden, dass Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser führe. Hinzu kommt bei 54 % die Meinung, Israel würde von religiösen Fanatikern geführt, und bei 58 % die Auffassung, Israel sei der verlängerte Arm der USA im Nahen Osten. Wichtig, gerade bezüglich des Antisemitismus, war die Frage, ob und wie das Verhalten des Staates Israel die persönliche Einstellung zu den Juden und Jüdinnen beeinflusse. Immerhin wurden 15 % identifiziert, die wegen der Israelpolitik «emotional verstimmt» seien. Eine grosse Mehrheit von 68 % gab aber an, dass

antiisraelische Haltung von führenden Parteivertretern» nach beinahe 60 Jahren Parteimitgliedschaft aus der SP aus. Der Zürcher Psychoanalytiker und SP-Kantonsrat Emanuel Hurwitz war bereits 1984 ausgetreten, 1982 kritisierte er noch öffentlich den ersten Libanonkrieg, später distanzierte er sich aber von der PLO-Unterstützung seiner Partei (Gisela Blau, tachles 19. April 2002).

²⁷ Roschewski, Anm. 26, S. 36 ff.

²⁸ Späti, Anm. 1, S. 432 ff.

²⁹ Ralph Weill in tachles vom 6. September 2002.

³⁰ Studie des Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) vom 1. März 2004 im Auftrag der Anti Defamation (ADL)-Kommission von Bnai Brith Zürich. Präsentation vom 25. März 2004 unter Mitwirkung des Vf. Vgl. auch die Präsentationen etwa von NZZ vom 26. März 2004 oder tachles vom 26. März 2004. Vor allem Tabelle 60.

da überhaupt kein (43 %) oder eher kein (25 %) Zusammenhang bestehe. Dem standen 25 % der Befragten gegenüber, die einen eher starken (19 %) oder sehr starken (6 %) Zusammenhang einräumten.³¹

Zwei frühere Diskussionspunkte spielten in den Befragungen keine Rolle und sind stark in den Hintergrund geraten: das angebliche Problem der doppelten Loyalität und das Problem der Ambivalenz des Antizionismus. Mit dem Problem der doppelten Loyalität ist der Verdacht gemeint, dass schweizerische Juden wegen ihrer Solidarität mit Israel weniger zuverlässige Bürger und Bürgerinnen seien.³² Diese Unterstellung entsprang den rigiden Loyalitätserwartungen der Ära des Kalten Krieges und hat sich inzwischen weitgehend aufgelöst. Eine im März 2000 veröffentlichte Umfrage stellte allerdings noch fest, dass weiterhin ein Drittel der Befragten den schweizerischen Juden nachsagte, sie seien gegenüber Israel loyaler als gegenüber der Schweiz, während nur ein Drittel diese Verdächtigung zurückwies und ein Drittel keine Meinung hatte.³³

Mehr Bedeutung dürfte inzwischen allerdings der von der Gegenseite vorgebrachte Vorwurf haben, man würde aus einer israelkritischen Position die schweizerischen Juden zu stark mit Israel identifizieren, das heisst die Juden israelisieren und zugleich Israel judaisieren.³⁴ Diese Tendenz mag es geben, es gibt aber auch die von Schweizer Juden praktizierte und von den Glaubensgenossen sogar geforderte Selbstidentifikation mit Israel, mit dem jüdischen Staat, zu dem man «right or wrong» stehen soll. Im Diasporajudentum wuchs offenbar in den letzten Jahren das Bedürfnis, sich öffentlich mit Israel als dem bedrängten oder gar existentiell gefährdeten Mutterland solidarisch zu erklären.³⁵

Abweichende Positionen, die es wagen, Israel öffentlich zu kritisieren, und meinen, dass Juden der Diaspora dies zu tun in gewissen Fällen geradezu verpflichtet seien, haben es schwer. Alt Botschafter Philippe Lévy vertrat im Frühjahr 2002 die Meinung, dass sich die Diaspora-Juden in ihren Haltungen am Völkerrecht und an den Menschenrechtsprinzipien orientieren und bei Verstössen durch Israel vorbehaltlos Kritik üben sollten.³⁶ Neuerdings ist

³¹ Zu nennen sind noch die 7% «weiss nicht»-Antworten. Vgl. tachles vom 30. März 2007 mit einem Interview mit dem Vf. Wichtig war die Feststellung, dass in der schweizerischen Gesellschaft nach wie vor rund 10% antisemitisch eingestellt sind. Diese Studie, die Pilotcharakter für weitere Umfragen gleicher Art hat, korrigierte Befunde aus dem Jahr 2000.

³² Eine positiv schwärmende Auffassung von doppelter Identität kam in der Gratulation zum Ausdruck, die das jüdische Ratsmitglied Werner Wyler 1967 im Grossen Stadtrat Luzerns nach dem Sechstagekrieg 1967 zum heldenhaften Kampf «seines Volks» entgegennehmen durfte (Antisemitismusbericht der EKR von 1998, S. 34). Später kam es dann zur Gleichsetzung in der negativen Variante.

³³ Einstellungen der SchweizerInnen gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Holocaust. GfS-Forschungsinstitut, Bern März 2000.

³⁴ Stegemann, in: tachles vom 20. September 2002.

³⁵ Vgl. dazu etwa Roman Rosenstein, «Der Nahostkonflikt betrifft uns alle». Persönliche Betrachtungen eines Schweizer Juden», in: NZZ vom 4. Juni 2002.

³⁶ Philippe Lévy, «Judesein in der Diaspora und der Nahostkonflikt», in: tachles vom 12. April 2002. Oder der von schweizerischen Juden ausgehende Aufruf vom März 2009, Besatzung, Besiedlung und Blockade aufzugeben (www.humanrights-in-israel.ch und Tagespresse vom 3. März 2009) mit unterzeichnet von Shelley Berlowitz, die zu diesem Heft einen Text beigetragen hat (vgl. Tages-Anzeiger vom 3. März 2009). Madeleine Dreyfus erklärte in ihrem Beitrag zur SIG-Jubiläumsschrift, es frage sich, «ob es nicht die Pflicht von demokratischen Schweizer Juden wäre, [...] ihre Bedenken gegen Politiker in Israel auszusprechen, die sich nicht klar von ultra-orthodoxen Siedlern abgrenzen, welche für ein durch «Transfer» der meisten Palästinenser aus Israel in den besetzten Gebieten ethnisch gesäubertes «Israel» kämpfen» («Jüdische Identitäten in der Schweiz», in: Jüdische Lebenswelt Schweiz. 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG). Zürich 2004, S. 370). Bereits ältere gute Analyse, wenn auch etwas stark auf «Linke» ausgerichtet: Berthold Rothschild, «Linke und Juden – ein obligat

das Thema mit einer bemerkenswerten Offenheit diskutiert worden.³⁷ Der verschiedene Strömungen repräsentierende SIG dagegen verfolgte in seinen Äusserungen eine andere Praxis: Er betonte stets die nicht in Frage gestellte Grundsolidarität zu Israel und ersparte sich bei konkreten Vorkommnissen heikle Stellungnahmen, dies mit dem Argument, dass man sich nicht in die Tagespolitik einmischen wolle.³⁸ Die starke Verbundenheit schweizerischer Juden mit Israel muss an sich überhaupt nicht problematisiert werden. Sofern man dazu überhaupt eine Meinung haben darf, sollen alle durchaus Partei sein dürfen. Problematisch wird es erst, wenn die Haltung von Juden zum objektiven Massstab dafür sein soll, was zu Israel gesagt werden kann und was nicht. Im jüdischen Medienforum führte man im Herbst 2002 als Beweis für die Einseitigkeit der schweizerische Publizistik den Umstand an, dass 86 % der Schweizer Juden mit der Berichterstattung unzufrieden seien.³⁹

Der Begriff des *Zionismus*, auf arabischer Seite nach wie vor als Schimpfwort in Gebrauch, steht in der westlichen Debatte nicht mehr derart im Zentrum der Kontroversen, wie in den 1970er Jahren, als er zur Denunziation einer imperialistischen und kolonialistischen Haltung verwendet wurde und der Antizionismus auch als Tarncode für antisemitische Polemik verwendet wurde.⁴⁰ Der Zionismus war trotz seinen verschiedenen, teilweise sogar diametral entgegenlaufenden Spielarten bis in die 1970er Jahre tatsächlich ein mobilisierender Begriff.⁴¹ Heute lebt er aber mindestens so sehr in der negativen Variante des Postzionismus weiter. An seine Stelle ist inzwischen ein praktisch diffuser Ethno-Nationalismus⁴² getreten, der gegen den Vorwurf, Israel verewige mit seiner Gesellschaftsordnung kolonialistische Ungleichheit⁴³, unempfänglich ist, sich aber dagegen verwahrt, mit der Apartheid in Verbindung gebracht zu werden.⁴⁴

Kritiker der Israelkritik neigen dazu, die Ursache für die Kritik weniger bei der israelischen Politik als bei den Dispositionen der Kritiker zu sehen. Dabei stehen die folgenden drei Vorwürfe im Vordergrund:

unglückliches Verhältnis?» In: Ernst Braunschweig (Hrsg.), *Antisemitismus – Umgang mit einer Herausforderung*. Festschrift zum 70. Geburtstag von Sigi Feigel. Zürich 1991. S. 143–159.

³⁷ Vgl. «Palästina – der grosse Schwindel» mit Leserzuschriften von Guy Bollag und Peter Jositsch, sowie «Jüdische Stimmen zu Israel» mit Zuschriften von Jochi Weil-Goldstein, Nicole Poëll und Gaby Belz.

³⁸ Vgl. etwa SIG-Jahresbericht von 1980: «Die Juden der Schweiz sind nach wie vor unerschütterliche Partner Israels, stehen tatkräftig für die Stärkung dieses Staates ein, ohne sich jedoch unbedingt mit der Tagespolitik einer jeweiligen Regierung zu identifizieren» (S. 7). Ähnlich 1981, S.7.

³⁹ SIG Media-Forum Tachles vom 20. Sept. 2002.

⁴⁰ Vgl. Roschewski, Anm. 26, S. 27 ff.

⁴¹ Sofern es dazu einen guten Zeugen braucht, kann man beispielsweise A. B. Yehoshua zitieren: «Der Zionismus ist keine Ideologie, sondern eine Plattform für viele unterschiedliche und häufig sogar widerstreitende Ideologien» (Aufbau vom Mai 2008).

⁴² Vgl. zum Beispiel Interview mit Shlomo Sand in der Basler Zeitung vom 12. Juni 2009.

⁴³ Erstaunlich, dass die Besetzung der palästinensischen Gebiete auch von wohlmeinender Seite wiederholt mit Algerien verglichen worden und gesagt worden ist, dass Israel einen General de Gaulle brauche, um die Freigabe der palästinensischen Gebiete durchzusetzen. Vgl. etwa R. M., NZZ-Leitartikel vom 10./11. Mai 2008. Vgl. auch Ilan Pape, «Der Zionismus als Kolonialismus – ein vergleichender Blick auf Mischformen von Kolonialismus in Asien und Afrika», in: Barbara Schäfer (Hrsg.), *Historikerstreit in Israel. Die «neuen» Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M. 2000, S. 63–92.

⁴⁴ Vgl. Uri Davis, *Apartheid Israel. Possibilities for the struggle within*. Pretoria/London/New York 2003. Jimmy Carter, *Palestine: Peace Not Apartheid*. New York 2006. – Zum parallelen Strassensystem für jüdische Israeli und andere vgl. den Text des ehem. Richters Boaz Okon, «The Apartheid Road – Silence of the Judges. Don't travel on Route 443». *Yediot Aharonot*, 21. Juni 2008.

Zum Vorwurf der ungleichen Ellen

Israelkritikern wird vorgeworfen, sie würden die Politik dieses Landes zu einem bevorzugten Kritikgegenstand machen und zugleich über grössere Missstände in den benachbarten arabischen Staaten und in anderen Regionen der Welt (von Tschetschenien über den Sudan bis nach Sri Lanka und Osttimor) grosszügig hinwegsehen.⁴⁵ Eine derartige Argumentation weicht aus, sie muss den Kritikpunkt nicht bestreiten, ihm auch nicht zustimmen, sie verweist einfach auf andere, sogar gravierendere Missstände. Das war auch in der Südafrikadebatte eine beliebte Redefigur: Den Apartheidgegnern wurde ebenfalls Einäugigkeit vorgeworfen und nahegelegt, doch die schlimmeren Verhältnisse im Ostblock zu kritisieren.⁴⁶ Dieser Replik wird wiederum entgegengehalten, dass man vor allem da etwas tun müsse, wo man direkt involviert sei. Dieses Argument hat auch im Fall Israels in verschiedener Hinsicht seine Berechtigung.

Aus westeuropäischer, zum Teil auch US-amerikanischer Position wird tendenziell gerade nicht mit unterschiedlichen Ellen gemessen, sondern mit grundsätzlich gleichem – vielleicht allzu gleichem – Mass; gleich aber nicht im Vergleich mit Tschetschenien oder dem Sudan, sondern mit sich selbst und mit den von Israel ebenfalls beanspruchten Werten einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung.⁴⁷

Den Urteilen mit anscheinend allzu gleichen Ellen wird gerne entgegengehalten, dass die Schweiz und Europa seit 60 Jahren im Frieden lebten und darum keine Vorstellung von den Realitäten im umkämpften Gebiet hätten.⁴⁸ Ähnlich äusserte sich etwa Moshe Yaalon, ehemaliger Generalstabschef und Minister für strategische Angelegenheiten: «Westliches Denken erweist sich als gefährlich und irrelevant für diese Region.»⁴⁹ Mag sein, dass Idealisten, die mit den Verhältnissen vor Ort nicht vertraut sind, dazu neigen, «weltfremde Lektionen» zu erteilen. Andererseits ist aber bekannt, dass zutiefst in Konflikte verstrickte Akteure nicht immer den besten Blick auf das Geschehen haben. Aus der Distanz kann man zuweilen mehr sehen als aus nächster Nähe. Eine psychologisierende Argumentation macht darauf aufmerksam, dass die israelische Gesellschaft angesichts der anhaltenden Bedrohung und der angeheizten Bedrohungsgefühle («vivre sous les bombes») sich mehr und mehr auch mental einbunkert. Zudem gibt es vor Ort lebende jüdische Israeli, die wie die vom «Virus des

⁴⁵ Zu dieser Problematik mit diesen Beispielen R. Meier, «Kritik an Israel und Antisemitismus», in: NZZ vom 27. Dezember 2003. Der Artikel stellte eine überproportionale Beachtung des Nahostkonflikts nicht in Abrede, verneint aber entschieden, dass dies etwas mit unterschwellig antisemitischen Motiven zu tun habe. Heftige Gegenrede in Leserbriefen vom 12. Januar 2004.

⁴⁶ Georg Kreis, Die Schweiz und Südafrika 1948–1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrats durchgeführten NFP 42+. Bern, Haupt 2005. S. 201.

⁴⁷ Die These von der engeren Kulturverbundenheit findet sich auch im Artikel von R. Meier vom Dez. 2003 (vgl. Anm. 45), zusätzlich belegt mit der Frankreichkritik wegen Algerien und der Amerikakritik wegen Vietnam. Eine frühere Stimme: «Gerade der demokratische Rechtsstaat wird da mit anderen Ellen gemessen als irgendein blutiges Tyrannenregime» (Alfred A. Häsler, «Medien und Israel», in: Ernst Braunschweig (Hrsg.), Antisemitismus – Umgang mit einer Herausforderung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Sigi Feigel. Zürich 1991, S. 107–120, Zit. S. 115).

⁴⁸ Der SIG vertrat beispielsweise in seinem Jahresbericht für 1986 die Auffassung, «dass sich die Ereignisse um Israel nicht an europäisch üblichen Massstäben beurteilen lassen» (S. 4).

⁴⁹ Bericht von Jacques Ungar, in: NZZ vom 28. Mai 2009. Nicht nur werden seit einiger Zeit die Massstäbe «des Westens» abgelehnt, die damit verbundenen Haltungen werden an sich als zu pazifistisch bzw. dem Appeasement verfallen eingestuft. Vgl. etwa Henryk M. Broder: Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am Einknicken. Berlin 2006.

Pazifismus» befallenen «fernen Europäer» denken.⁵⁰ Die Bevorzugung bestimmter Problemlösungen ergibt sich nicht als mechanische Resultate zeitlicher und regionaler Gegebenheiten, es ist stets auch ein gemachtes Verhalten. Dass eine objektive Situation unterschiedliches subjektives Handeln ermöglicht, war ein wichtiger Leitgedanke der Bergier-Kommission, die davon ausging, dass es zum Beispiel in der schweizerischen Flüchtlingspolitik diese individuellen Handlungsspielräume gegeben habe und nicht alles durch die NS-Gefahr und durch Versorgungsorgen diktiert gewesen sei.⁵¹

In Europa besteht eine starke, wenn auch ambivalente Verbundenheit mit Israel. Sie ist primär positiv, sie kann aber tatsächlich auch negativ sein. Die positive Variante zeigt sich spätestens seit 1956 und verstärkt 1967 in den Solidaritätsbekundungen und der Identifikation mit dem Land. Die in jüngerer Zeit sich besonders kritisch äussernde Haltung ist ein Produkt dieser gleichen Verbundenheit; sei es als unteilbare und nicht nur auf die willkommenen Elemente reduzierbare Anteilnahme; sei es auch als nötig erscheinende Gegenmanifestation zu den vorbehaltlosen Solidaritätsbekenntnissen. Es gibt, um bei den Beispielen zu bleiben, im Falle Tschetscheniens oder des Sudans in den westeuropäischen Breitengraden (mithin auch in der Schweiz) keine rechtfertigende Unterstützung, wie sie im Falle Israels mit grösster Selbstverständlichkeit besteht. Obwohl die Fälle anders liegen, im Falle Serbiens wurde dessen Kriegführung in den vormals jugoslawischen Gebieten aus der gleichen historischen und kulturellen Nähe ebenfalls schärfer kritisiert als etwa der Krieg in Darfur oder Osttimor.⁵²

Ungleichheit ergibt sich gewiss aus dem Umstand, dass im Falle Israels die Vorgänge aus technischen und praktischen Gründen leichter wahrgenommen werden: Die Medien haben vergleichsweise leichteren Zugang zu den Konfliktorten als beispielsweise in Tschetschenien und im Sudan. Zudem gibt es in Israel selbst öffentlich geübte Kritik (vgl. etwa die Organisationen *Peace now*, *Gush shalom* oder *Breaking the silence*), die dann von externen Berichten gerne übernommen wird.⁵³

⁵⁰ Nicht berücksichtigt wird hier das fragwürdige Argument, dass sich auch die «fernen Europäer» durch den anhaltenden Nahostkonflikt selbst beeinträchtigt fühlen könnten. Vgl. die Umfrage des Eurobarometers von 2003, wonach über die Hälfte in Israel eine «Gefahr für den Weltfrieden» sehen. Zur Beilegung des deswegen ausgebrochenen Streits zwischen WJC und EU, vgl. Tages-Anzeiger vom 9. Januar 2004. Nicht ganz vernachlässigt sei schliesslich die Erklärung, dass die ungleiche Anteilnahme der Identifikation mit dem Schwächeren gilt und die israelische Seite anfänglich davon profitiert habe, wie jetzt die palästinensische Seite davon profitiere.

⁵¹ Der Vf. war Mitglied dieser Kommission und hat sich u.a. zu den Fragen der Flüchtlingspolitik wiederholt geäussert.

⁵² Dem ist allerdings auch entgegenzuhalten: Nicht im fernen Osttimor, sondern im nahen Syrien wurde in jüngerer Zeit, im Februar 1982, ein Massaker verübt, das sich (z.B. im Vergleich mit den gegen 8 000 Ermordeten von Sebrenica) nicht in angemessener Weise ins europäische Gedächtnis eingepägt hat: Die syrische Regierung beseitigte damals in Hama ein Widerstandszentrum der Muslimbrüder und tötete dabei etwa 30 000 Menschen. Die Siedlungen wurden dem Erdboden gleichgemacht, sie liegen heute unter einem sauberen Rasen, auf dem ein moderner Hotelbau steht, derweil die nichtsahnenden Touristen die grossen knarrenden Wasserräder des Orontes bewundern.

⁵³ Dazu gehört auch ein Artikel von David Grossman, der sich vor die 27 Piloten stellte, welche sich weigerten, primär zivile Ballungszentren zu bombardieren («Wir zerstören uns selbst», in: Zeit vom 16. Oktober 2003). Oder die gegen 1 000 Reservesoldaten, die ihren Einsatz gegen die zweite Intifada verweigert haben (Tages-Anzeiger vom 27. August 2002). – Bericht über exzessive Gewalt im Gazakrieg der Yitzhak-Rabin-Militärakademie, vgl. Tagespresse vom 20. März 2009.

Zum Vorwurf der fehlenden historischen Perspektivierung

Israelkritik wird immer wieder mit dem Argument pariert, dass ihr das historische Verständnis abgehe und dass das unverständliche bzw. inakzeptabel erscheinende Verhalten Israels im Lichte der Geschichte besser verstanden würde und sogar richtig und angemessen erscheine.⁵⁴ Eine in dieser Richtung weisende Leerformel lautet, dass man «den Ursachen der Tragödie» auf den Grund gehen müsse. Welche historischen Umstände in die Überlegungen einbezogen werden sollten, wird in der Regel nicht gesagt. Ist es das Erlebnis des Holocaust bzw. der Shoah? Ist es die Erfahrung, in der Verteidigung des jungen Staates stets auf sich alleine gestellt gewesen zu sein? Kommt etwas anderes hinzu, was wichtig ist, hier aber übersehen wird? Etwa die Jahrhunderte anhaltender Diskriminierung und wiederholter Verfolgung?

Der geforderte Blick in die Geschichte vermittelt keine selbsterklärende Botschaft. Zu der neutral als Nahost-Konflikt bezeichneten Geschichte gibt es sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Lesearten. Diese sind teils durch unterschiedliche persönliche Erfahrungen, mittlerweile zu einem grösseren Teil aber durch unterschiedliche Geschichtsbilder (familiäre Narrative und Schullektionen) bestimmt. Mit der Anrufung der Geschichte ist offensichtlich nicht gemeint: der Kampf jüdischer Terroristen in der Phase der israelische Staatsgründung, auch nicht die Massaker an palästinensischer Bevölkerung vor Kriegsausbruch vom 15. Mai 1948 und die Massenvertreibung sowie der hemmungslose Landraub. Was unter dem Namen Nakba (arab.: Katastrophe) zusammengefasst wird und den Status eines Kampfbegriffs hat, ist von der offiziellen israelischen Geschichtspolitik wie von den Freunden Israels auch in der Schweiz bisher weitgehend ausgeblendet worden.

Der israelische Historiker Tom Segev (Jg. 45) räumt ein, dass von der Gründungsgeneration Mythen und Legenden um die Vorgänge von 1948 produziert worden seien, die sich in den Schulbüchern festgesetzt hätten und im Widerspruch zu dem stünden, was man in den seit den 1980er Jahren zugänglichen Archiven vorfinde.⁵⁵ Dietmar Herz stellte in der Besprechung von Segevs Werk fest, dass die Vertreibung der Palästinenser eine «bis weit in die Gegenwart hineinreichende Erbsünde der Staatsgründung» sei.⁵⁶ Erst 2007 und nur in arabischen Schulen Israels durften Geschichtsbücher verwendet werden, in denen neben der Feststellung, dass die Araber den UNO-Teilungsplan abgelehnt haben, auch kurz von der Vertreibung der Palästinenser die Rede ist. Diese kleine Öffnung gegenüber der Geschichte wurde in Israel jedoch von konservativen Politikern sogleich heftig kritisiert, weil sie die

⁵⁴ Zum Beispiel Simon Erlanger als Mitarbeiter des Jüdischen Medienforums: «Aber wir wissen, was die historischen Fakten sind, wir wissen, was in den letzten fünfzig, sechzig, siebzig Jahren passiert ist» (tachles vom 20. Sept. 2002). Oder ein Leserbrief der Basler Zeitung vom 15. Mai 2008, in dem es heisst, einzig die Beachtung der historischen Perspektive helfe, den Weg zum Frieden zu finden (Erik Petry, Ass. am Institut für Jüdische Studien der Universität Basel). Oder in einem anderen Leserbrief der NZZ vom 12. Januar 2004, in dem Juden im Unterschied zu Nichtjuden ein anderes «hochsensibles» Geschichtsbewusstsein zugeschrieben wird (Robert Krauthammer, Küsnacht). SIG-Präsident Alfred Donath wünschte ebenfalls mehr Geschichtsverständnis, diese Mahnung bezog sich auf die Zeit vor 1967, vgl. Artur K. Vogel in 50 Jahre GSI (vgl. Anm. 8), S. 76.

⁵⁵ Tom Segev, Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates. München 2008. Hebräische Originalausgabe 1984. Anerkennenswert ist, dass es diese Archive überhaupt gibt und dass sie zugänglich sind. Segev sagte zu seinen Entdeckungen in den Archiven: «Das war nicht das, was man mir in der Schule beigebracht hatte: Der Inhalt, der sich mir offenbarte, war weniger ehrenwert und weniger heldenhaft als das, woran ich gewohnt war zu glauben» (Aufbau, Mai 2008).

⁵⁶ Besprechung in der Zeit vom 15. Mai 2008. Dietmar Herz ist Professor für vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt und Autor des Buches: Palästina: Gaza und Westbank. München 2001.

Existenz Israels untergrabe und arabische Schüler veranlasse, ihre jüdischen Mitbürger zu bekämpfen.⁵⁷ Inzwischen ist diese Konzession wieder rückgängig gemacht worden. Bildungsminister Gideon Saar vom rechten Flügel des regierenden Likud erklärte: «Kein anderes Land in der Welt würde seine eigene Gründung im Lehrplan als Katastrophe behandeln.»⁵⁸

Man kann, wie ein älterer israelischer Historiker, Zeev Sternhell (Jg. 35) dies tut, die Vorgänge um 1948 als für die Staatsgründung unvermeidbar interpretieren und zugleich trotzdem über eine Entschuldigung nachdenken.⁵⁹ In Unkenntnis der wirklichen Gegebenheiten konnte ein Erich Bickel, Mitinitiant der 1946 gegründeten Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft (CJA), 1957 an der Gründungsversammlung der Gesellschaft-Schweiz–Israel (GSI) beim Beschwören der Berührungspunkte zwischen Israel und der Schweiz noch sagen: «Beide Staaten sind durch Verträge entstanden und nicht durch Eroberungskriege [...]».⁶⁰ Obwohl eine ganze Reihe von ernst zu nehmenden «neuen» Historikern ein neues Bild gezeichnet haben, beherrscht die alte Meistererzählung weiterhin das Selbstverständnis. Dies zeigt beispielsweise ein zum 60-Jahr-Jubiläum mehrfach reproduzierter Text von Elie Wiesel, in dem es heisst, Israel habe, um den Herausforderungen zu begegnen, nie zur Gewalt gegriffen, 1948 sei die junge Nation «ohne Waffen und ohne fest organisierte Armee» angegriffen worden.⁶¹ Dem steht die aus dem Archivstudium hervorgegangene Feststellung gegenüber, dass die israelischen Streitkräfte nicht wirklich in der Defensive und an Waffen, Ausbildung und Motivation ihren Gegnern weit überlegen waren.⁶²

Tom Segev relativiert auch die von Nasser 1956 praktizierte Kriegsrhetorik. Und Sternhell kritisiert, dass die von ihm als Voraussetzung zur Staatsgründung 1948 als nötig erachtete Vertreibung und Verdrängung nach 1967 ohne die gleiche Notwendigkeit fortgesetzt wurde.⁶³ 1967 begann die israelische Armee zwar angesichts der wachsenden Bedrohung durch Nachbararmeen aus defensiver Motivation den Krieg, der Sieg aber ebnete den Weg für die mit dem biblischen Mythos Cisjordanien (Judäa und Samaria) legitimierte Siedlungsexpansion.⁶⁴ Yossi Alpher, ehem. Mossad-Mitarbeiter und Direktor eines Think-Tanks an der Universität Tel Aviv, hielt kürzlich fest, dass kein ambitionierter Politiker der letzten vierzig Jahre es gewagt habe, sich mit den Siedlern anzulegen. Das gelte auch für Yitzhak Rabin, Shimon Peres und Ehud Barak.⁶⁵ Der israelische Historiker Ilan Pappé (Jg. 54)

⁵⁷ Bericht von Jacques Ungar, in: NZZ vom 23. Juli 2007.

⁵⁸ AP-Meldung im Tages-Anzeiger vom 23. Juli 2009. Der entscheidende Satz lautet: «Die Araber nennen den Krieg Nakba – den Krieg der Katastrophe, des Verlusts und der Demütigung –, und die Juden nennen ihn Unabhängigkeitskrieg.» Inskünftig sollen Gruppen, welche die Nakba als Trauertag begehen, keine staatlichen Subventionen mehr erhalten. Der Versuch, die Erinnerung zu unterdrücken, wird auch von jüdischen Israeli heftig kritisiert. Vgl. NZZ vom 25./26. Juli 2009.

⁵⁹ Vgl. Anm. 63.

⁶⁰ Zit. nach Zsolt Keller, in der Schrift 50 Jahre GSI, vgl. Anm. 8, S. 17.

⁶¹ Die Zeit vom 30. April 2008 oder im Aufbau vom Mai 2008.

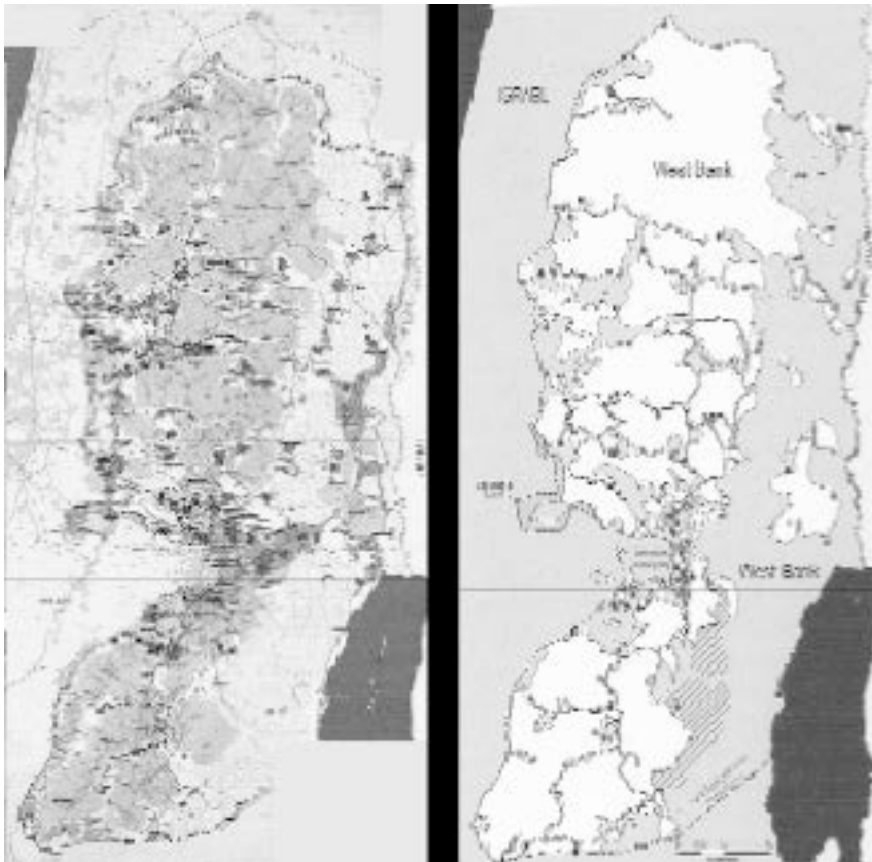
⁶² Pappé, vgl. Anm. 66.

⁶³ Interview vom 17. April 2008. – Sternhell ist Mitbegründer der Organisation «Peace now» und wurde wegen seines friedenspolitischen Engagements im Herbst 2008 bei einem ihm geltenden Anschlag verletzt vgl. Interview in Basler Zeitung vom 6. Oktober 2008.

⁶⁴ Dan Diner, «Warten auf den siebten Tag», in: NZZ vom 2./3. Juni 2007.

⁶⁵ Online-Zeitschrift zum Palästinenserkonflikt «Bitterlemons», zit. nach NZZ vom 22. Juli 2009. Zu Jahresbeginn wurde ein Geheimbericht des Verteidigungsministeriums bekannt, wonach die Regierung es Siedlern jahrelang gestattete, unautorisierte und illegale Bauten teilweise auf privaten palästinensischen Grundstücken zu erstellen (NZZ vom 31. Januar / 1. Februar 2009).

unterstellt – bei bescheidener Quellenlage – bereits den Vertreibungsaktionen von 1947/48 systematischen Vorsatz.⁶⁶ Er wird unter anderem auch deswegen kritisiert, weil er von «ethnischer Säuberung» spricht und damit einen Begriff verwendet, der im Falle des Kriegs um Jugoslawien der Jahre 1992–1997 Bedeutung gewonnen hat. Begriffe aus anderen historischen Kontexten sind problematisch; wenn sie aber der Sache gerecht werden, sollten sie auch verwendet werden dürfen. Das gilt auch für die Südafrika-Begriffe der Apartheid-Ordnung und der Bantustan-Strukturen.⁶⁷



A

B

Es kann hier nur um einen allgemeinen visuellen Eindruck gehen:

⁶⁶ Ilan Pappé, *Die ethnische Säuberung Palästinas*. Frankfurt a. M. 2007. Engl. 2006. Besprechung von Dietmar Herz in der Zeit vom 7. Februar 2008. Vgl. auch Marlène Schnieper, in: Tages-Anzeiger vom 3. September 2007. Pappé ist seiner Entlassung von der Universität Haifa zuvorgekommen und nach Grossbritannien (Universität Exeter) ausgewandert.

⁶⁷ Vergleiche dagegen mit der NS-Zeit sind in mehrfacher Hinsicht problematisch und zu vermeiden. Ohne diese Problematik hier zu vertiefen, sei darauf hingewiesen, dass die Engagierten beider Seiten stets schnell mit Nazi-Vergleichen zur Stelle sind. SIG-Donath bemühte in seiner Medienschele den NS-Propagandaminister Goebbels mit dem Wort, man müsse eine Lüge nur oft wiederholen, um sie als Wahrheit glaubhaft zu machen. Und Büttler rückte Cavallis Position in die Nähe der extremistischen Gräuelpopaganda, die Davidstern und Hakenkreuz gleichsetze. – Als eigene unvergessliche Reminiszenz sei hier eine Siedler-Inschrift festgehalten, die ich in Hebron gesehen habe: «Arabs, sandniggers to the gaz chambers».

Fig. A: Closures and Israeli infrastructure in the West Bank, Oct. 2007 – Fig. B: West Bank territorial fragmentation and Palestinian access, Oct. 2007 (Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA).

Die von kritischen israelischen Geografen und UN-Institutionen akribisch registrierte Vertreibung der Palästinenser offenbart die Tendenz einer über Jahre systematisch betriebenen Zerstückelung des palästinensischen Gebiets in einzelne unzusammenhängende Gebiete. Aus der früheren Fifty-Fifty-Teilung ist mittlerweile eine 80:20-Aufteilung geworden.⁶⁸ Den im israelischen Projekt angelegten Expansionismus eines Staats ohne feste Grenze, aber mit der Dynamik des permanenten Positions- und Terraingewinns kann man am Ergebnis sehen, es ist nicht nötig, von einem prä-meditierten Masterplan zu sprechen und sich damit dem Vorwurf auszusetzen, dass man antisemitischen Verschwörungstheorien verfallt. Zu dem historischen Prozess der Ausdehnung gehört die anfänglich von der Weltöffentlichkeit kritisierte, dann aber hingegenommene Verlegung der israelischen Hauptstadt von Tel Aviv nach Jerusalem und jetzt das Bestreben, Jerusalem ganz zu beanspruchen und die Palästinenser aus Ostjerusalem zu vertreiben.⁶⁹ Zudem soll es neuerdings für Jerusalem nicht mehr, wie bei anderen Ortschaften, zweisprachige Ortsschilder geben und das arabische «Al-Kuds» unterdrückt werden.⁷⁰ Zur Zeit betreibt die Regierung die Ausweitung der Siedlung Maale Adumim, um auf diese Weise Ostjerusalem völlig vom Westjordanland abzutrennen. Es ist gerade die historische Perspektive, welche die stetige Expansion Israels sichtbar macht, während man sich in der Tagespolitik von den Beteuerungen ablenken lässt, dass man durchaus für eine Zweistaaten-Lösung und eine gemeinsame Hauptstadt zu haben sei.⁷¹

Der israelische Aussenminister Abba Eban sagte wohl zutreffend, aber nicht ohne Arroganz, die palästinensischen Entscheidungsträger hätten «nie eine Gelegenheit versäumt,

⁶⁸ Es geht aber nicht einzig um die quantitative Verteilung, sondern um die Qualität der Territorien, deren strategischen Wert und die Kompaktheit bzw. Zerstückelung. Ein auf die israelische Bürgerrechtsgruppe Betsalem abgestützter Artikel macht einmal mehr darauf aufmerksam, dass sich die Zahl der Siedler seit dem Oslo-Abkommen (1993) etwa verdoppelt habe und der Siedlungsstopp ein reines Lippenbekenntnis geblieben sei; er macht sich die Meinung zu eigen: «Die Beharrlichkeit der israelischen Führer in der Siedlungspolitik deutet, im Gegensatz zu ihrer öffentlichen Rhetorik, auf den Erfolg dieses Instruments der Landnahme seit der Gründung des Staates» (vk., NZZ vom 21. Juli 2009). – Der israelische Architekt Eyal Weizmann hat aufgezeigt, dass Landschaftsplanung das wichtigste Mittel der Enteignung und Besetzung geworden ist. «Das Haus mit den roten Ziegeln ersetzt den Panzer als die kleinste Einheit des Kampfes» (Hollow Land. Israel's Architecture of Occupation. London 2007).

⁶⁹ 1980 gab es Schwierigkeiten, weil die Schweiz das Sozialabkommen nicht in Jerusalem unterzeichnen wollte. 1984 fand man dann offenbar eine Lösung, die wahrscheinlich darin bestand, dass die Schweiz nachgab (vgl. SIG-Jahresbericht von 1984 und BBl 1984,111,1087). Es gibt im Völkerrecht keine Vorschrift, die vorsieht, dass Abkommen nur in Hauptstädten unterzeichnet werden dürften. Die internationale Gemeinschaft hat Jerusalem nie als vereinigte Stadt und somit Hauptstadt Israels anerkannt. Das Jerusalemgesetz vom 30. Juli 1980 ist völkerrechtswidrig, von der Staatengemeinschaft nicht anerkannt und durch die UNO-Resolution 478 umgehend verurteilt worden. Der Bundesrat ist durch verschiedene Vorstösse von EVP-Nationalräten (Hans Öster 1985, Niklaus Kuhn 1991 und Otto Zwygart 1995) erfolglos zur Anerkennung des einseitigen israelischen Entscheids gedrängt worden.

⁷⁰ sme. In: NZZ vom 25./26. Juli 2009.

⁷¹ Der ehem. NZZ-Korrespondent Arnold Hottinger erklärte: «Israel will fressen und frisst immer weiter.» Interview von Esther Girsberger und Ursula Zenger in SonntagsZeitung vom 26. November 2006. Die Verhältnisse werden weitgehend durch die maximalistischen Ambitionen bestimmt: Wenn die Regierung Netanyahu sich weigert, grundsätzlich einem zweiten Staat zuzustimmen, ist die Staatengemeinschaft schon froh, wenn er schliesslich einer minimalistischen Lösung zustimmt, die diesen Namen nicht verdient. Wenn er zunächst gegen den Siedlungsstopp ist, wird man froh sein, dass er sich mit dem Belassen der bestehenden Siedlungen zufrieden gibt, und nicht noch deren Auflösung fordert.

eine Gelegenheit zu versäumen».⁷² Von den israelischen Entscheidungsträgern könnte man das Gegenteil sagen, dass sie nie eine Gelegenheit versäumt hätten, von ihr jeweils zu profitieren. Wenn man aus der langen Reihe von gewaltsamen Auseinandersetzungen ein allgemeines Muster herauslesen will, dann kann man sagen, dass Israel auch dann von den Konflikten profitierte, wenn es sie nicht initiierte, weil es bei ursprünglich defensiver Ausgangslage aggressiven Nutzen aus den Konflikten zu ziehen verstand, indem es die Gegenseite stets überproportional schädigte. Das galt schon für 1948, für den israelischen Angriffskrieg von 1956 ohnehin und sicher für 1967 und schliesslich auch für die Intifada-Kriege und den Gazakrieg.

Ein anderer historischer Mythos will glauben machen, dass Israel stets nur den Frieden gesucht habe und entsprechend genügsam gewesen sei. Tom Segev reihte auch die Behauptung, «dass unsere Hand immer für Frieden ausgestreckt» gewesen sei, in die Reihe der Mythen ein.⁷³ Und sein Kollege Avi Shlaim von Oxford widerspricht der Behauptung, dass nach dem Sieg von 1967 ein ernsthaftes Friedensangebot ergangen sei und die Ursache für das Andauern des Konflikts zur Hauptsache in der seit Jahren stur betriebenen Friedensverweigerung der Palästinenser liege.⁷⁴

Zur Forderung nach historischer Perspektivierung könnte auch die Erwartung gehören, dass man dem *Holocaust* vermehrt Rechnung trage. Zu unterscheiden ist hier, ob mit dem Holocaust die Gründung des Staates Israel oder Vorgehensweisen der heutigen Regierungen gerechtfertigt werden sollen. Es muss und kann hier nicht lange ausgeführt werden, dass die Erfahrung des Holocausts sowohl bei der Gründungsgeneration den Willen als auch bei der Staatenwelt die Zustimmung zur Schaffung Israels erheblich verstärkt hat, obwohl das Projekt bereits in der Zwischenkriegszeit vorangetrieben worden war.⁷⁵

Gewichtiger ist die Frage, in welchem Masse heutige Akteure mit Berufung auf den Holocaust ihre Haltung und ihr Handeln legitimieren können und ob es bereits zu der berüchtigten Delegitimation zu zählen ist, wenn man, wie Ernest Goldberger es tut, von einem schamlosen Missbrauch des Holocaustbonus spricht,⁷⁶ oder wenn man, wie Abraham Burg es – ebenfalls psychologisierend – tut, in der Pflege der Holocaust-Erinnerung wie der Verfolgungsängste eine Substituierung der schwächer werdenden Religiosität sieht.⁷⁷ Es mag verständlich sein, dass man einen militärischen Präventivschlag gegen den Iran mit dem Argument rechtfertigt: «Wir sind schon einmal im Stich gelassen worden.» Den Politikwissenschaftler Shai Nachmani der Hebrew-Universität Jerusalem, der dies sagte,⁷⁸

⁷² Zit. bei Elie Wiesel 2009, vgl. 61.

⁷³ Tom Segev, «Israel ist nicht die Titanic», in: Aufbau vom Mai 2008.

⁷⁴ Interview im Tages-Anzeiger von Claudia Kühner vom 2. Juni 2007. Shlaim gehört indirekt auch zu den «neuen Historikern», vgl. Anm. 88.

⁷⁵ Im westlichen Europa war bei der Zustimmung zu einem Aufnahmeland Israel nicht nur Abgeltung für erlittenes Leid, sondern auch der Unwille im Spiel, jüdische Vertriebene bei sich selbst aufnehmen zu müssen.

⁷⁶ Statement in der Basler Zeitung vom 2. Mai 2008. Vgl. auch Ernest Goldbergers Buch, *Die Seele Israels. Ein Volk zwischen Traum, Wirklichkeit und Hoffnung*. Zürich 2004. Besprechung von Arnold Hottinger, in: NZZ vom 15./16. Mai 2004.

⁷⁷ Abraham Burg, *Hitler besiegen*. Campus 2009. 2007 auf Hebräisch erschienen. Burg kritisiert «das absolute Monopol des Holocaust über jeden Aspekt unseres Lebens». Vgl. auch das Interview mit Burg in Basler Zeitung vom 30. Mai 2007. – Man sieht, psychologisieren können nicht nur die Verteidiger traditionell jüdischer Positionen, die Psychologie steht auch der Gegenseite zur Verfügung. Diese riskiert freilich, wenn sie von Juden betrieben wird, schnell als jüdischer Selbsthass abgetan und so nicht ernst genommen zu werden. Vgl. etwa den innerjüdischen Streit zwischen Henryk M. Broder und Eveline Hecht-Galinski (*Die Zeit* vom 4. Sept. 2008).

⁷⁸ Tages-Anzeiger vom 20. Juni 2009.

müsste man aber darauf aufmerksam machen, dass die Gleichsetzung der alleine gelassenen jüdischen Zivilbevölkerung in Europa mit der hochgerüsteten israelischen Armee – gerade aus historischer Sicht – fragwürdig ist.

Zum Vorwurf der Unausgewogenheit

Publizistische Unausgewogenheit ist ein alter und wiederkehrender Vorwurf.⁷⁹ Sicher gibt es unausgewogene Haltungen zum Nachteil Israels. Anhänger der israelischen Positionen beklagen sich wesentlich häufiger als die Gegenseite. Das kann man entweder damit erklären, dass diese wegen der angeblichen Einseitigkeit der europäischen und schweizerischen Medien auch mehr Grund dazu haben. Eine andere Erklärung liegt im Umstand, dass das Pro-Israel-Lager wesentlich besser organisiert ist und seine Klagen entsprechend besser deponieren kann.⁸⁰ Es bestand und besteht die Tendenz, die jeweilige Empörung über rücksichtsloses Vorgehen beim Verteidigen seiner Sicherheitsinteressen auf ein Medienproblem zu reduzieren. Wissenschaftliche Analysen zeigen indessen, dass die Berichterstattung⁸¹ einigermaßen ausgewogen ist und die Pro-Israel-Seite keinen Grund zur Klage hätte. Dennoch tut sie es immer wieder und mit entsprechendem Erfolg.⁸²

Der bei kontroversen Themen schnell aufkommende Vorwurf der Einseitigkeit gilt den einzelnen Stellungnahmen sowie der Gesamtheit der Publizistik. Die Kritik an der Kritik mag in einzelnen Fällen berechtigt sein, oft ist sie aber in nicht untypischer Weise inkonsequent. Gerade militante Kritiker halten das Ausgewogenheitsprinzip in ihren eigenen Darlegungen nicht ein, stören sich verständlicherweise überhaupt nicht an der Einseitigkeit, wenn sie in ihrem Sinne stattfindet, und denken nicht daran, den Gegenpositionen den Platz einzuräumen, den sie für sich selbst beanspruchen. Immer wieder sehen sich Verfasser von Berichten, die für Israel ungünstig sind, mit der Forderung konfrontiert, innerhalb ihrer Darstellung auch der Gegenseite einen Platz einzuräumen, dies unbesehen der Frage, ob die Gegenseite zutrifft und plausibel erscheint. So erlaubte sich ein Sprecher der Israelischen Botschaft, einen gut recherchierten Bericht der bestens qualifizierten NZZ-Journalistin Karin Wenger über die Vertreibung der Palästinenser von 1948 als «oberflächlich recherchiert» und «unseriös» abzuqualifizieren und ihm insbesondere vorzuwerfen, nicht Stellungnahmen aller beteiligten Parteien eingeholt zu haben.⁸³

⁷⁹ Meine Dissertation musste sich eingehend mit der Frage der ausgewogenen Berichterstattung während des Zweiten Weltkrieges befassen. Vgl. Georg Kreis, Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg. Frauenfeld 1973. Vgl. auch Roschwskis Beitrag in diesem Band.

⁸⁰ Interventionen des SIG-Forums bei der Presse, vgl. Anm. 17. Hinzu kommen die wiederholten Interventionen der israelischen Botschaft, etwa in der Amtszeit von Avis Shir-On, vgl. Artur K. Vogel in 50 Jahre GSI (vgl. Anm. 8), S.76.

⁸¹ Vgl. die Aussage des Mediensoziologen Kurt Imhof von der Universität Zürich. Tages-Anzeiger vom 4. Juni 2002.

⁸² So fühlte sich das (Tages-Anzeiger) Magazin verpflichtet, zur Korrektur der angeblich einseitigen Medienberichterstattung unter dem ironischen Titel «Böses Israel» einen völlig andersseitigen Kampfbild eines freien Journalisten aufzunehmen. Vgl. Reto E. Wild, in: Das Magazin, Nr. 18/2008, S. 44/45.

⁸³ Uri Rothmans Intervention, die als Leserbrief veröffentlicht wurde (NZZ 21./22.Juli 2007), galt dem Artikel «Ein Wald am Platz des unerwünschten Dorfes» (NZZ vom 6. Juli 2007). Inzwischen liegt von Karin Wenger vor: Checkpoint Huwara. Israelische Elitesoldaten und palästinensische Widerstandskämpfer brechen das Schweigen. Zürich 2008. Rothman meinte auch intervenieren zu müssen, als ich im Auftrag der NZZ einen Reisebericht verfasste: «Das konkrete Gesicht des Desasters. Zu einem Besuch in den palästinensischen Gebieten», in: NZZ vom 3. Juni 2008. Gekürzter Text seiner Beanstandung, in: NZZ vom 5. Juni 2008 mit dem Vorwurf, ich hätte «ganz bewusst die israelische Sichtweise aussen vor gelassen». Sodann Reaktionen auf diese Reaktion in der NZZ vom 10. Juni 2008.

Das Phänomen der offenbar bloss im Falle der eigenen Seite akzeptierten Einseitigkeit besteht auch bei Informationsreisen. Noch und noch werden Reisen durchgeführt, die sich auf Israel beschränken oder, wenn es auch in die besetzten Gebiete geht, von israelischen Stellen geführt werden, ohne dass jemand anmahnt, dass man auch einen direkten Zugang zur palästinensischen Bevölkerung pflegen sollte. Unternimmt man indessen eine Reise primär in die besetzten Gebiete, wird sogleich gefordert, dass auch Israel gebührend zu berücksichtigen sei.⁸⁴

Die Forderung nach Ausgewogenheit wird im Falle der Schweiz gerne mit dem Hinweis auf die Neutralität verknüpft. Abgesehen davon, dass Neutralität eine Kategorie ist, welche die Haltung von Staaten in zwischenstaatlichen Konflikten betrifft, gelten die Kontroversen hier Problembereichen, in denen der Neutralitätsaspekt nicht wegleitend ist, nämlich Fragen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. In diesem Sinne erklärte das EDA im Frühjahr 2002, es gehe nicht darum, sich auf die eine oder andere Seite der Konfliktparteien zu stellen, sondern vielmehr auf die Seite des Rechts. Zugleich betonte Aussenminister Joseph Deiss, dass man Sympathien für beide Seiten habe, dass sich nicht die Haltung der Schweiz geändert habe, sondern die Lage im Nahen Osten mit den massiven Gewaltakten, und dass man wegen der Vorgehensweise Israels in den besetzten Gebieten «extrem alarmiert» sei.⁸⁵ Die Schweiz mag, was man ihr gerne vorwirft, mit dieser Haltung die Möglichkeit verspielen, eine Rolle als Mediatorin zu übernehmen.⁸⁶ Im Zielkonflikt zwischen dem Verteidigen von minimalen Prinzipien und opportunistischem Maximieren von diplomatischen Geschäftsmöglichkeiten muss man sich u. U. für das eine oder andere entscheiden.

Die Forderung nach Ausgewogenheit der verbalen Welt steht in gewissen Momenten im Dienste des Bestrebens, die Unausgewogenheit der realen Welt nicht sichtbar zu machen. Wie soll man Ungleiches in diesem typisch asymmetrischen Krieg (Herfried Münkler, 2002) gleich behandeln, die Aktionen eines ordentlichen Staats und die Aktionen von nichtstaatlichen Gruppen? Sicher muss anerkannt und gebührend gewürdigt werden, dass sich Israel auch Gegnern gegenüber sieht, die früher wie jetzt die Auslöschung Israels anstreben und denen jedes Mittel recht ist, um dieses Ziel zu erreichen. Man kann sich in der klassischen Frage verlieren, wer in diesem Konflikt auf wen reagiert. Im Falle Israels aber, auch wenn man ihm zubilligen würde, dass es nur die reagierende Seite sei, ist die Frage gestattet, ob die Reaktionen dem Prinzip der Verhältnismässigkeit entsprechen.

Angesichts der letzten drei Gewaltaktionen (der zweiten Intifada seit dem Sept. 2000, des zweiten, leichtfertig losgetretenen Libanonkriegs vom Juli/August 2006 und des im Vorfeld der Wahlen gesuchten Gazakriegs vom Jan. 2009) wurde es für die professionelle Berichterstattung wie für einzelne Stellungnahmen zunehmend schwierig, eine mittlere Position einzunehmen.

⁸⁴ Der Vf. hat zwei Reisen dieser Art mitgemacht. 2004 wurde man zuerst im israelischen Aussenministerium vorgeführt und dort mit der «richtigen» Optik der Dinge versehen; das zweite Mal wurde der Gruppe schwerstens übel genommen, dass sie über Amman und nicht über Tel Aviv in das Gebiet eingereist war. Empörung löste sodann aus, dass auch Gruppen getroffen wurden, bei denen u.a. Leute dabei waren, die der Hamas angehörten. Man vgl. etwa die Nichtreaktionen im Falle der vom rechtsnationalen Christian Waber (EDU) organisierten Reise vom März 2009 mit der von ihm initiierten und gegen 50 Mitglieder umfassenden parlamentarischen Gruppe Schweiz–Israel (drei Viertel gehörten der SVP-Fraktion an). Waber, 1997–2009 Nationalrat, befürwortet gestützt auf die Bibel ein Gross-Israel, das nicht nur die palästinensischen Gebiete, sondern auch Teile des Libanons und Syriens umfasst. Die Reise revidierte nach Aussagen des Organisers alle gängigen Aussagen der Medien «total» und machte Israel mit den Problemen «einer kleinen Insel im arabischen Meer» deutlich (Interview von Benji Epstein in Hagalil [heb. Galiläa], jüdisches Online-Magazin, 30. Juni 2009).

⁸⁵ Interview mit dem Bundesrat und Bericht von Olivier R. Lasowsky in *tachles* vom 12. April 2002.

⁸⁶ Vgl. Artur K. Vogel in *50 Jahre GSI* (vgl. Anm. 8), S.76.

Eine vorläufige Bilanz

Wie im Falle des Antisemitismus könnte man im Falle der Israelkritik wissen wollen, ob das beunruhigende Phänomen zugenommen habe. Indessen stehen, mehr noch als im Falle des Antisemitismus, wenn man von einzelnen Umfragen mit ihren Selbstdeklarationen absieht, keine systematischen Analysen zur Verfügung. Trotzdem könnte der Eindruck zutreffen, dass die kritische Haltung gegenüber Israel, vor allem seinen massgebenden Akteuren, letztlich aber auch der Mehrheit der Bevölkerung, welche die Machthaber walten lässt und sogar in Wahlen unterstützt, zugenommen hat. Die Gründe dafür sind vielfältig. Anders als beim Antisemitismus, der stets vom feindseligen Träger dieses «Ismus» produziert wird und nie aus dem realen Verhalten von Juden abgeleitet werden kann, liegen die Gründe für die Zunahme der Kritik zu einem grossen Teil in Israel selbst, auch wenn dann die Kritiker für die Kritik verantwortlich sind. Die Zunahme der Kritik dürfte auf die folgenden sechs Gründe zurückzuführen sein:

1. Auf die Brutalisierung in der Verteidigung der eigenen Sicherheit und auf die massive Repression in den besetzten Gebieten, wie sie von vielen Organisationen und kürzlich auch vom IKRK mit klaren Stellungnahmen kritisiert wird.⁸⁷
2. Auf die anhaltende, von jeder Regierung, wenn auch in unterschiedlichem Mass geschützte und geförderte und neuerdings auch von einer Bevölkerungsmehrheit gutgeheissene, völkerrechtswidrige Siedlungsexpansion im besetzten Gebiet, das offiziell in Israel in einer verharmlosenden Sprachregelung als «administrated/verwaltete» Gebiete bezeichnet wird.
3. Auf die Zunahme der von Juden in Israel und in der Diaspora artikulierten Kritik, die dann von nichtjüdischen Kritikern als unverdächtige Zeugen gerne zitiert werden. Der vorliegende Artikel hat ebenfalls mehrheitlich solche Stimmen zu Wort kommen lassen.⁸⁸
4. Auf die Erosion der Legitimationsmythen insbesondere zu 1948. Tom Segev bemerkt: «In einem Staat, dessen Existenz auf grundlegenden historischen Annahmen basiert, kann jeder Riss in existentiellen Mythen als lebensbedrohlich empfunden werden.»⁸⁹ Diese Mythen werden zwar überhaupt nicht verschwinden, und ihr partieller Abbau wird (wie in der Schweiz oder in der Türkei, die sich in einer komfortableren Situation befinden) dauern. Wichtig ist aber, wie sich eine zur Kritik fähigen Minderheit dazu einstellt. Geht man von der Publizistik von 2008 zum Gründungsjubiläum von 1948 aus, kann man feststellen, dass

⁸⁷ IKRK-Bericht zur Gaza-Blockade, in: NZZ vom 10. Juli 2009.

⁸⁸ Weiter sollten genannt werden: Sara Roy, *Failing Peace. Gaza and the Palestinian-Israeli Conflict*. London 2007. – Joel Kovel, *Overcoming Zionism. Creating a Single Democratic State in Israel/Palestine*. London / Ann Arbor 2007. – Igal Avidan, *Israel. Ein Staat sucht sich selbst*. Kreuzlingen/München 2008. – Rolf Verleger, *Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht*. Köln 2008.

⁸⁹ Aufbau vom Mai 2008. Von den «neuen Historikern», die mit ihren kritischen Arbeiten als Nestbeschmutzer angesehen werden, sind noch unbedingt zu nennen: Simha Flapan, *The birth of Israel*. London 1987 (dt. 1988). – Benny Morris, *The birth of the Palestinian refugee problem revisited*. Cambridge 2004. – Benny Morris (Hg.), *Making Israel*. Ann Arbor 2007. – Benny Morris, 1948. New Haven, Conn. 2008. – Benny Morris, *One state, two states*. New Haven, Conn. 2009. – Avi Shlaim, *The iron wall. Israel and the Arab World*. New York 2000. – Moshe Zimmermann, *Goliaths Falle*. Berlin 2004.

die Erinnerung an die Nakba etwas Terrain gewonnen hat.⁹⁰ Der Begriff ist mindestens so erfolgreich, dass aus Gegenpositionen daran erinnert wird, dass es auch eine «jüdische Nakba» gegeben hat, seit 1948 nämlich die Vertreibung und zumeist auch Enteignung von rund einer Million Juden aus arabischen und muslimischen Ländern.⁹¹

5. Auf die zunehmende Distanz zum Holocaust und die deswegen schwindenden Hemmungen, Israel zu kritisieren. Das bedeutet nicht, dass der Holocaust im Sinne von «Schlussstrich-Parolen», die es ebenfalls gibt, in Vergessenheit geraten soll. Es schwindet lediglich die Bereitschaft, den Rekurs auf ihn zur Rechtfertigung für aktuelles Verhalten zu akzeptieren.
6. Auf den Wegfall des Ost-West-Gegensatzes und die Aufwertung der Nord-Süd-Problematik. Inzwischen hat sich mit dem «Clash of civilizations» (Samuel Huntington, 1996) zwar eine neue Konfliktlinie in den Köpfen festgesetzt und ist mit dem Anschlag vom «9/11» eine verstärkte Gleichsetzung von Muslimen mit Terroristen in Gang gekommen, die eher einen gegenläufigen Prozess begünstigt.

Bei den hier vorgestellten Beispielen zum Problem der Israelkritik handelte es sich zum grössten Teil um schweizerische und in der Schweiz publizierte Verlautbarungen. Diese sind allerdings, was hier nicht sichtbar gemacht werden konnte, Teil einer transnationalen Debatte, wobei die deutsche Schweiz stark von den deutschen und die französische Schweiz stark von den französischen Diskussionen mitgeprägt sind. Einen weiteren Kontext bilden die Debatten, die im Rahmen der EU und in den USA geführt werden.⁹² Der Verfasser wünschte diesen Debatten, dass sie nicht primär von nationalen und religiösen Zugehörigkeiten bestimmt sind, sondern von Werthaltungen jenseits von atavistischen Stammessolidaritäten. Der innerisraelische und innerjüdische Disput macht es vor⁹³, er zeigt, dass Positionen auch anders als über vorgegebene Kategorien wie Nation und Religion definiert werden können, nämlich über eine freie kritische Auseinandersetzung, die sich an ethischen Kategorien, insbesondere an den Menschenrechten, an den guten Regeln der internationalen Staatengemeinschaft und an – diese Formulierung sei gewagt – an der historischen Wahrheit orientiert.

⁹⁰ Vgl. etwa den Bericht von Karin Wenger, «An Nakba – die unvergessene Katastrophe der Palästinenser», in: NZZ vom 5. Juni 2008. Oder von Marlène Schnieper, «Die Palästinenser trauern bis heute um Jaffa», in: Tages-Anzeiger vom 13. Juni 2008. – Lena Jayyusi, «Erinnerung als Mittel der palästinensischen Selbstbehauptung», in: NZZ vom 25. Juni 2008.

⁹¹ Leserbrief von Hojannat Chebelali, in: NZZ vom 28. Juli 2009.

⁹² Vgl. etwa Studie der ADL: Attitude Towards Jews, Israel and the Palestine-Israeli Conflict in Ten European Countries, April 2004.

⁹³ Noch ein letztes Beispiel: die Diskussion zwischen Brian Klug und Robert S. Wistrich in Tages-Anzeiger vom 10. Juni 2006.